

GRÜNWINKLER Geschichte/n



Die Sammel-Reihe des Grünwinkler Anzeigers – Folge 25 | Juni 2023

Majolika-Werk II

Einst wurden hier Ofenkacheln gefertigt

25



Überblick:

Das Industriegebiet am Westbahnhof birgt noch so manche Überraschung. Der Hinweis auf ein Zweigwerk der Majolika-Manufaktur überraschte und faszinierte zugleich. Ich habe mich auf Spurensuche begeben. Peter Forcher hat das frisch renovierte, schmucke Fabrikgebäude beschrieben. In der nächsten Folge gehen wir auf den Bauherrn ein.

War auf dem ROTAG-Gelände während der NS-Zeit das größte Zwangsarbeiter-Lager in der Stadt? Die Frage ist geklärt, Narben sind geblieben. Marga Götz hat ein schreckliches

Erlebnis beschrieben, das sie ihr Leben lang nicht los lässt.

Werner Banghard führte unseren Geschichtskreis über den Grünwinkler Friedhof zu Gräbern verfolgter Sintis. Als Sozialarbeiter kümmerte er sich während seiner Berufszeit um die Opfer der barbarischen Nazi-Ideologie. Mit seiner Schilderung der Geschichte dreier Sinti-Frauen regt er zum Nachdenken an.

Viel Spaß beim Lesen und Sammeln.
Ihr Gerhard Strack

Das Majolika-Werk II am Westbahnhof



Ofenkacheln und Gänseleberterrinen wurden hier produziert

Ein Zweigwerk der Majolika-Manufaktur in Grünwinkel! Dieser Zuruf von Thomas Artmann klang ebenso unglaublich wie interessant. Reizvoll war es allemal, diesem Hinweis nachzugehen. Die Familie Artmann als Eigentümerin des Gewerbeparks am Roten Turm saniert derzeit ein Fabrikgebäude in der Griesbachstraße. Max Artmann ist bei der Studie der Bauakten im Stadtarchiv darauf gestoßen, dass das Gebäude einst der Großherzoglichen Majolikamanufaktur gehörte, die hier ein erfolgreiches Werk II betrieben hat.

DIE URSPRÜNGE DER MAJOLIKA

Die „Majolika“ wurde zu Beginn des Jahres 1901 als „Großherzogliche Majolika-Manufaktur Karlsruhe“ gegründet. Hans Thoma, der Galeriedirektor und Professor der Karlsruher Akademie, hatte Großherzog Friedrich I. überzeugt, den kleinen Handwerksbetrieb seines Freundes, des Malers und Keramikers Wilhelm Süs, von Kronberg im Taunus nach Karlsruhe zu verlagern. Ähnlich wie andere Fürsten im Reich wollte der Großherzog Gewerbeförderung und Kunstpflege vereinen. Da er sämtliche Kosten des Unternehmens aus seiner Privatkasse bezahlte, war ihm ein wirtschaftlicher Betrieb von Anfang an wichtig. Die häufig problematische Verquickung von Kunst und Kommerz zieht sich wie ein Roter Faden

von der Gründung bis zur Gegenwart durch die Geschichte der Majolika.

Die erste Produktionsstätte befand sich in der Hoffstraße 1. Zwischen 1909 und 1913 wurde am Rand des Karlsruher Schlossgartens ein neues Fabrikgebäude errichtet. Hier konnte die Produktpalette um die Herstellung von Baukeramik, Öfen, Brunnen, Grabmalkunst, Park- und Gartenschmuck erweitert werden. Das bekam vor allem die badische Ofenindustrie und das Hafnergewerbe zu spüren. So sehr, dass 1909 die örtliche Ofenindustrie Beschwerde einreichte. Federführend war der Fabrikant Friedrich Geisendörfer. Da ständig

Erste Produktionsstätte Hoffstraße 1



in Finanznöten, interpretierte die Manufaktur die ihr auferlegten Einschränkungen dahingehend, dass ihr lediglich die Werbung für solche Gegenstände verboten, der Verkauf an Freunde des Hauses aber erlaubt sei. Mit dieser Auffassung setzte sie sich durch. Dieser Produktionszweig entwickelte sich bald zu einem wichtigen Bestandteil des Betriebes. Jahrzehntlang, insbesondere in den 1920er Jahren, gehörte die Manufaktur zu den künstlerisch führenden Keramikwerkstätten und gestaltete in ganz Deutschland vor allem Innenräume von öffentlichen Gebäuden, von Kauf- und Privathäusern aus. Für Baden wirkte die Produktion bei Kleinkunst und Gebrauchskeramik stil- und geschmacksbildend.

Mit dem Ende der Monarchie ging die Großherzogliche Majolika-Manufaktur 1919 in den Besitz des badischen Staats über. Mehrere Versuche, das Unternehmen zu sozialisieren, waren fehlgeschlagen, weshalb man es an eine zu diesem Zweck gegründete GmbH verpachtete. Der alte Name blieb jedoch zunächst erhalten. Ebenso das seit 1914 bestehende Pachtverhältnis mit Villeroy & Boch, das erst 1921 aufgelöst wurde. An seine Stelle trat eine aus Industriefirmen und finanzkräftigen Privatleuten gebildete GmbH. Sie wurde 1922 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Umstrukturierung ging mit einer Modernisierung der Fertigung einher, die aus der Manufaktur einen effizienten Industriebetrieb machte.

ERFOLGREICHE KERAMIKPRODUKTION FÜHRTE ZUR ERWEITERUNG

Und hier kommt das Fabrikgebäude im Bannwald-Gebiet ins Spiel. Der Aufsichtsrat der Majolika GmbH fasste in seiner Sitzung am 16. Februar 1921 unter TOP 3 „Erwerb eines verwandten Unternehmens“ folgenden Beschluss: „Der Aufsichtsrat ist nach dem Besichtigungsbericht seines Vorsitzenden

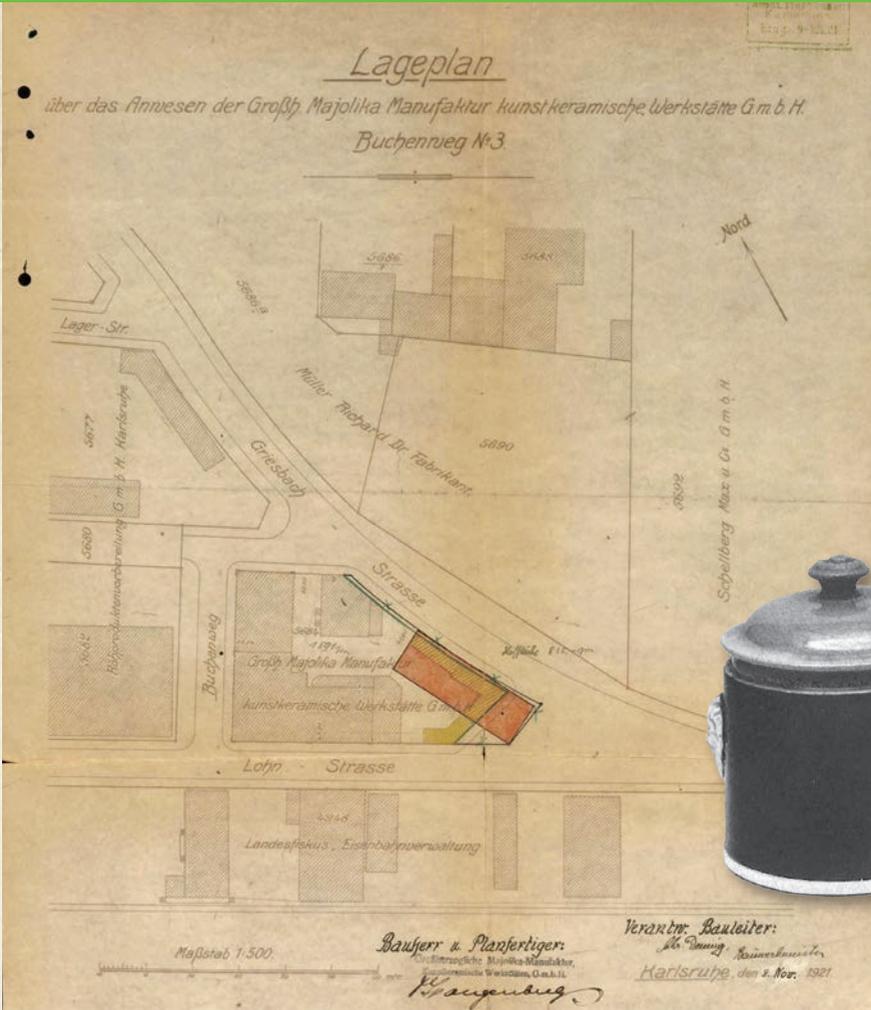
über das verkäufliche Unternehmen einhellig der Ansicht, daß der Kauf unbedingt im Auge zu behalten ist, allerdings unter Wahrung der bisherigen Taktik der Bezeugung von Interesselosigkeit nach außenhin. Der Geschäftsführer wird ermächtigt, das erste, von der bisherigen Inhaberin des in Frage stehenden Unternehmens abgeschlagene Angebot von MK 350.000 bei gegebener Gelegenheit im äußersten Falle um MK 100.000 zu überschreiten.“

Knapp drei Monate später, am 3. Mai 1921, genehmigt der Aufsichtsrat den Kauf des „Werkes 2, hier am Buchenweg 3“. Die Taktik war allerdings nicht aufgegangen. Nach dem Sitzungsprotokoll mussten 500.000 Mark aufgewendet werden. Dafür konnten das gesamte Inventar, die Lagerbestände, usw. übernommen werden, und dies ohne Schulden und Forderungen.

DIE IRRITATION UM DIE ANSCHRIFT BUCHENWEG 3

In den Akten wie in der Literatur ist die Adresse Buchenweg 3 für das Zweigwerk der Majolika erwähnt. Das führte zu Irritationen, denn der Buchenweg befindet sich heute in der Hardecksiedlung, wo eine industrielle Produktion nicht vorstellbar war. Ursprünglich, seit ihrem Bau im Jahr 1903, hieß die Straße in der Hardecksiedlung Kiefernweg. Sie musste 1976 nach der Eingemeindung Neureuts in die Stadt Karlsruhe umbenannt werden. In Neureut gab es auch einen Kiefernweg. Anfang der 1970er Jahre wurde das Industriegebiet an der Bannwaldallee neu überplant. Der Buchenweg wurde ein Teil der verlegten Griesbachstraße. Der Straßename wurde nicht mehr gebraucht. Das kam gerade recht.

Im Badischen Gesetz über die Majolikamanufaktur vom 22. März 1922, wurde das Finanzministerium ermächtigt, bei der Gründung einer zum Betrieb der Majolika-



Bauantrag Majolika Baracke Buchenweg 3; Gänseleberterrine

manufaktur in Karlsruhe zu errichtenden Aktiengesellschaft 35% Anteile des mit 3 Mio. Mark vorgesehenen Grundkapitals zu übernehmen. In der Begründung wird der Kauf des Werkes im Bannwaldgebiet von den Kunstkeramischen Werke Dr. Reimar Baer GmbH in Karlsruhe erwähnt. Weiter geht aus der Begründung hervor, dass in diesem Zweigwerk vier Öfen im Betrieb waren, mit denen vorwiegend Baukeramik, dezidiert Ofenkacheln, und Gänseleberterrinen hergestellt wurden.

Die Begründung im Gesetz geht weiter darauf ein, dass die Großherzogliche Majolikamanufaktur GmbH eine weitere Fabrik übernommen hatte, die Kunstkeramischen Werke GmbH in Ettlingen. Dafür wurden 260.000 Mark investiert und mit zwei dort vorhandenen Öfen Kleinkunst erzeugt. Doch auch diese Erweiterung erwies sich als völlig ungenügend. „Die Manufaktur kann heute nur einen Bruchteil der eingehenden Bestellungen annehmen. Dies gilt insbesondere für das ausbaufähige Gebiet der Bauke-

ramik, das zurzeit nur etwa 25 v.H. der Gesamterzeugung ausmacht.“, so die Begründung weiter. Die bisherige Entwicklung der GmbH, die im landeseigenen Fabrikgelände „auf dem sogenannten Holzhof am Hardtwald“ produzierte, wird in höchsten Tönen gelobt und auch das große Interesse der Stadt Karlsruhe an der weiteren Entwicklung wird erwähnt. So war ein Grundstückstausch der künftigen AG mit der Stadt angedacht, bei dem die Majolika ein baureifes Industriegelände in der Daxlander Straße erhalten sollte. Damit hätte man Gleisanschluss und Anbindung an den neuen Rheinhafen gehabt.

Der rasche Aufstieg des Werkes war nur durch entscheidende Änderungen des Produktionsprogrammes und der Fertigungstechnik möglich gewesen. Die Fertigung erfolgte in Akkordarbeit, bei der in kleinste Arbeitsschritte unterteilt wurde. Die künstlerische Qualität litt dabei nicht. Da die Verbindung zu fremden Künstlerinnen und Künstlern, auswärtigen Akademien und Kunstgewerbeschulen jetzt immer enger wurden, konnte sich die Manufaktur hervorragende Künstlerpersönlichkeiten zur Mitarbeit verpflichten. Drei Meisterateliers wurden eingerichtet, die künstlerische Entwürfe und industrielle Fertigung miteinander verbinden sollten. Die Leiter dieser Ateliers, Max Laeuger, Ludwig König und Paul Speck prägten in den folgenden Jahren die künstlerische Produktion der Majolika und trugen zur Bedeutung des Unternehmens bei. Max Laeuger gilt heute noch als der Beste unter den Keramikern Deutschlands. Gleichzeitig kam der Baukeramik eine entscheidendere, eine richtungsweisendere Bedeutung zu.

DIE SCHWIERIGE WIRTSCHAFTLICHE LAGE HATTE AUSWIRKUNGEN

Die allgemeine schlechte konjunkturelle Entwicklung brachte es mit sich, dass das Unternehmen in Staatsbesitz übernommen

wurde, um einen Zusammenbruch der Betriebsgesellschaft zu vermeiden. Seit 1927 firmierte es als „Staatliche Majolika-Manufaktur Karlsruhe AG“. Die Manufaktur versuchte Ende der 1920er Jahre den immer größer werdenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch mehrere Maßnahmen zu begegnen. So wurde das gerade eingetauschte Baugelände an die Stadt zurückverkauft und auch die teuren Meisterateliers wurden aufgelöst. Ebenso wurde Anfang 1929 die Baukeramik eingestellt. Noch im August 1928 wird im Aufsichtsrat darüber nachgedacht, das Werk II zur alleinigen Produktionsstätte auszubauen, „es hat immer zur vollen Beschäftigung im Werk II ausgereicht“, steht in einem Protokoll des Aufsichtsrats vom 13. August 1928. Knapp zwei Jahre später, am 26. Juli 1930, nehmen die Gesellschafter in ihrer Hauptversammlung im Bericht des Vorstands zur Kenntnis: „Die stillgelegte Fabrik am Buchenweg konnte mit einem Buchgewinn abgestossen werden.“ Warum das Werk schließlich doch aufgegeben wurde, kann (noch) nicht nachvollzogen werden. Auch im Buch des Badischen Landesmuseums zur Großen Landesausstellung zur Majolika 1979 wird erwähnt: „In dem ‚Werk II‘ am Buchenweg wurden während einiger Jahre in großem Stil unter anderem Öfen, Heizkörperverkleidungen und vor allem ‚Gänseleberterrinen‘ hergestellt.“ Vielleicht hat der Wechsel im Vorstand des Unternehmens im November 1928 seinen Teil dazu beigetragen. Der bisherige technische Leiter Wolfgang Müller von Baczko wurde vom Aufsichtsrat zum alleinigen Vorstand ernannt.

Neue Besitzerin wurde die Firma Dittmar & Co. mit Sitz in der Karlstraße 60. Sie vertrieb Maschinen und Bedarfsartikel für die Getränkeindustrie und unter dem Namen EIS-FINK Kühlanlagen, Kühlschränke, Eisschränke und Bierausschank-Einrichtungen.

Gerhard Strack

Nach aufwendiger Sanierung – Markantes Fabrikgebäude inmitten funktionaler Bürohäuser (siehe Titelseite)



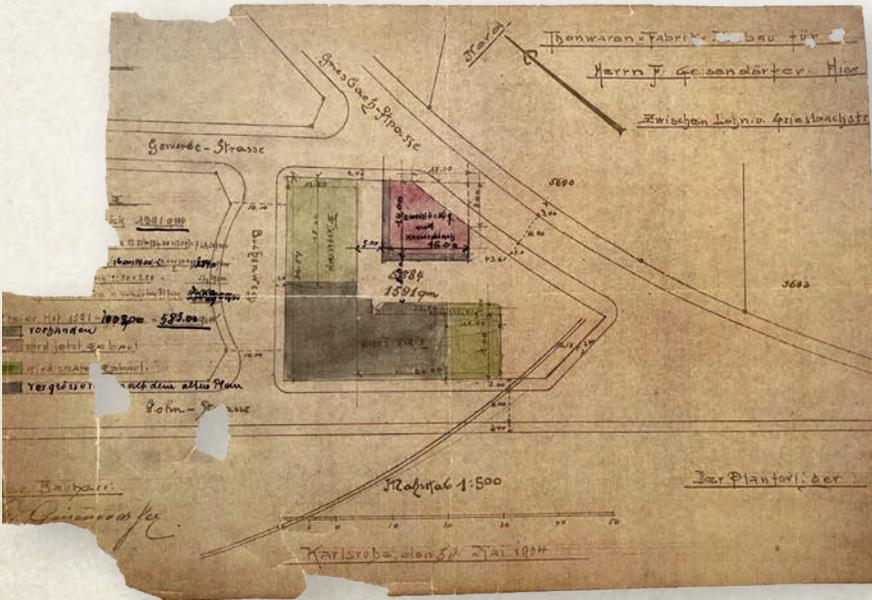
Auf einem Lageplan mit Datum 30. Mai 1904 erkennt man die damals geplante abschnittsweise Erstellung der Fabrik.

Am 27. September 1904 erteilt das Großherzogliche Bezirksamt die Bau-Genehmigung. Zunächst wird die dreistöckige Fabrikhalle entlang der Lohnstraße, der heutigen Benzstraße gebaut (dunkelgrau gefärbt). Sie weist bereits den Winkelansatz entlang des Buchenweges auf, der heute die Griesbachstraße darstellt. Das dreistöckige Magazingebäude sollte erst später realisiert werden (grün gefärbt). Gleiches galt für die Verlängerung der Fabrikhalle um 10 m in östlicher Richtung (grün gefärbt). Ob diese

Erweiterung realisiert wurde, ist unklar. Die Expansion war von Anfang an mitgedacht. Gut zu erkennen ist im Plan auch die einstöckige „Brennküche“ zum Hof hin. Von hier aus wurden die beiden Muffelbrennöfen befeuert.

DIE TECHNIK DES BRENNENS IN MUFFELBRENNÖFEN

Als Muffelofen oder Muffel wird seit dem 18. Jahrhundert ein speziell für den Farbbrand keramischer Aufglasurfarben konstruierter Ofen bezeichnet, bei dem die Brandgase („der Rauch“) und die aufgewirbelte Asche aus der Brennkammer nicht in Berührung mit der Keramik kommen können. Diese



Lageplan aus dem Baugenehmigungsantrag 1904 mit späteren Eintragungen

ziehen außen, entlang der abgedichteten Wände einer getrennten Brandgutkammer ab. Diese Kammer wird durch die Wände hindurch auf bis zu 800 °C erhitzt, so dass die Aufglasurfarben – auch Muffelfarben genannt – in die Glasur der Keramik einsinken. Ein gesonderter Abzug auf der Oberseite lässt die Dämpfe der Farb- und Lösungsstoffe aus dieser Kammer entweichen.

FABRIK- UND BÜRO/ WOHNGEBÄUDE SIND GETRENNT.

Im Innenhof des Winkelgebäudes war ein Bürogebäude vorgesehen (purpur gefärbt). Bereits im Jahr nach der Baugenehmigung war erkennbar, dass es zu klein konzipiert war. Der Fabrikant beantragt die Vergrößerung des Grundrisses und die Erhöhung um ein weiteres Stockwerk. Neben vier Büroräumen im Erdgeschoss erhielt es eine Drei-Zimmerwohnung mit Küche, Bad und WC im 1. OG und die gleiche Anzahl von Räumen im Dachgeschoss.

Beide Baukörper, Fabrik und Büro mit Wohnhaus, sind heute weitgehend erhalten. Es liegen zudem einige Pläne vor. Dadurch ist die ursprüngliche Gestaltung nachvollziehbar. Gegenüber dem ursprünglichen Gebäude gibt es heute am Fabrik-Bauwerk folgende Veränderungen:

- Die Verlängerung der Fabrikhalle nach Osten ist nicht erkennbar und wurde evtl. nicht ausgeführt.
- Das an das Fabrikgebäude angebaute Magazingebäude ist heute nur noch einstöckig vorhanden. Die Gebäudeverlängerung wurde während des Zweiten Weltkrieges teilweise zerstört.
- Der winkelförmige Grundriss des Endausbaus ist nicht mehr vollständig vorhanden.

DAS FABRIKGEBÄUDE

Das Fabrikgebäude ist dreigeschossig mit einem eingeschossigen Anbau entlang der

Griesbachstraße ausgeführt. Das Bauwerk ruht auf einem steinsichtigen Sandsteinsockel, der eine klare Trennung zum übrigen Baukörper markiert. Die Fassade zur Griesbachstraße ist in hellem Ziegelstein, in waagerechten Lagen, umgesetzt, während die Fassade zur Benzstraße verputzt ist. Im Ursprungszustand waren auch an dieser Schauseite die Ziegelsteine sichtbar. Diese Art Fassadenausbildung war ein Merkmal vieler Fabrikbauten um die Jahrhundertwende 1900 (in Karlsruhe z.B. Lagergebäude im Rheinhafen).

Die vertikale Gliederung der beiden Schaufassaden ist über Risalite, die bis zum Sockel durchgehen, realisiert. Im zweiten Obergeschoss werden die Risalite als Rundbogen halbkreisförmig zusammengeführt und bilden den Rahmen für die hier vorhandenen Rundbogenfenster. Dadurch bilden sich zur Griesbachstraße hin vier und zur Benzstraße hin sieben Aussparungen, in welche die Fenster eingelassen sind. Schmale Risalite an der Straßenecke, zwischen der vierten und fünften Fensterreihe an der Benzstraße, sowie am Ende des Gebäudes, sind durch einen grauen Anstrich hervorgehoben. Der Risalit zwischen der vierten und fünften Fensterreihe markiert eine Trennung der Fassade in der Benzstraße in einen 4- und 3-teiligen Abschnitt. Dadurch wird eine Symmetrie mit der 4-teiligen Fassade in der Griesbachstraße hergestellt. Zusammen mit dem analog ausgeführten Kranzgesims rahmen die Risalite die gesamte Fassadenschauseite ein.

Zur Griesbachstraße hin ist der Eckrisalit steinsichtig und an der Straßenecke, wie auf der Benzstraße, verputzt und in grauer Farbe ausgeführt. Das Kranzgesims ist hier in Anlehnung an griechische Tempel als Zahnschnitt, welcher die Balkenköpfe des archaischen Holzbaus imitiert, ausgeführt. Der ursprünglich an das Kranzgesims anschlie-

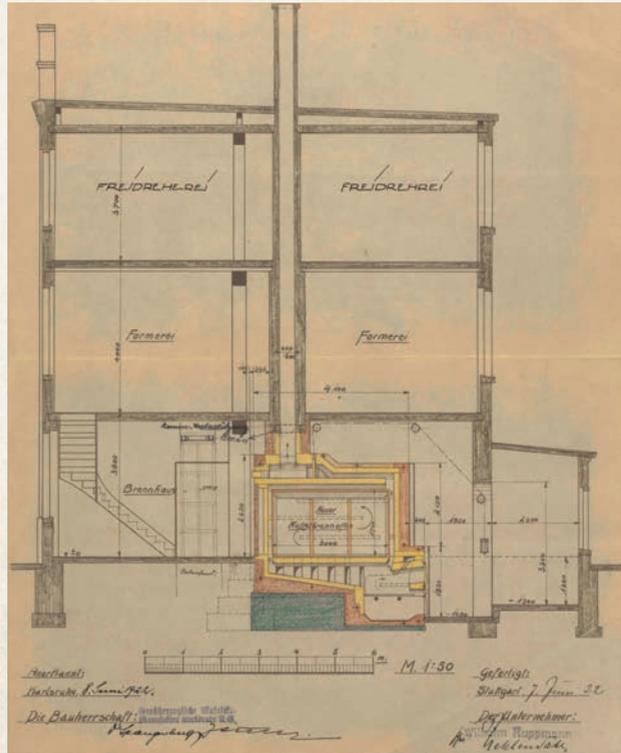
fende Blendgiebelaufbau, im Ofenplan von 1922 (siehe Abb.) ersichtlich, ist heute nicht mehr vorhanden. Horizontal fassen breite, verputzte Felder die Fenster ein, die sehr kleinteilig und nahezu quadratisch ausgeführt sind. Die gesamte Ausführung der Schauffassaden, wenn auch die Einheitlichkeit inzwischen etwas verloren gegangen ist, hat eine ruhige, harmonische Ausstrahlung. Der einstöckige Anbau, mit vier Fenstern, ist ebenfalls noch als Ziegelsteinfassade erhalten bzw. so neu aufgebaut und versucht, durch den Rahmen aus Risaliten und einem verputzten Band über den Fenstern die Gliederung der Hauptfassade weiterzuführen. Ein Flachdach mit geringer Neigung zur Hofseite hin deckt das Gebäude ab.

Aus einem Bauantrag der Staatlichen Majolika Manufaktur vom 16. Juli 1922 zur Errichtung zweier weiterer Öfen kann der Innenausbau erahnt werden. Bei diesem Ofenplan fehlt allerdings die Angabe der Schnittachse. Dennoch zeigt er wie die Fertigungsschritte über die drei Stockwerke verteilt waren.

Die Schritte zur Herstellung von Terrinen und Kachelofenelementen sind im Grundprinzip erkennbar. Ob eine Oberflächenveredlung Bestandteil der hier gefertigten Keramiken war und wenn ja, wo diese im Gebäude angeordnet war, kann aus den vorliegenden Unterlagen nicht ersehen

werden:

- 2. OG Freidreherei; hier erfolgte der erste Arbeitsschritt des Tonformens z.B. mit der Töpferscheibe oder bei nichtsymmetrischem Hohlkörper durch „Treiben“.
- 1. OG Formerei; hier erfolgten die weiteren Arbeitsschritte nach den Arbeiten in der „Freidreherei“, z.B. durch Bearbeitung mit speziellen Werkzeugen, um dem Ton Struktur zu verleihen. Evtl. erfolgte hier auch das Trocknen der Keramikbauteile.
- EG als Brennhaus mit Brennofen und Schornstein; hier wurde der Brennvorang durchgeführt.



Planbeilage zum Bauantrag für zwei Öfen



Foto während der Sanierung mit heutiger Innenansicht

Das Foto von der Sanierung des Dachgeschosses ist mit Blick auf die Gebäudeecke aufgenommen und zeigt deutlich, wieviel Licht durch die Rundbogenfenster in diesen Raum gelangt. Weiter ist das Dachgebälk, bestehend aus Ständern, Streben, waagrecht Bundbalken und Dachpfetten gut zu erkennen. In diesem Sanierungszustand sind auch noch die Deckendurchbrüche für die vier Kamine gut zu erkennen.

DAS BÜRO- UND WOHNGEBÄUDE

Durch das Mansardendach hat das Bürogebäude mit Wohnhaus einen komplett anderen Charakter als das Fabrikgebäude. Dadurch wird die andere Nutzung deutlich gemacht. Interessant ist der Baukörper auf der zum Innenhof abgewandten Seite hin gestaltet. Auf dieser Gebäudeseite ist im Erdgeschoss ein Teil der Wand schräg ausgeführt. Das darüber liegende OG ist, wie üblich, rechteckig und ragt teilweise über die Schräge des EG hinaus. So entsteht der Eindruck, dass diese Gestaltung ursprünglich notwendig war, um den Verkehr über die Griesbachstraße bei ihrem Verlauf 1904 nicht zu stören (siehe Abb. Lageplan von 1904). Dazu gibt es noch einen über zwei Stockwerke gehenden Vorbau, der diese Seite der Fassade unruhig wirken lässt.

DIE BAUGENEHMIGUNG AUS DEM JAHR 1904 WAR SEHR WEITSICHTIG

Die Baugenehmigung zur Errichtung und Inbetriebnahme einer Tonofenfabrik auf dem Anwesen von Friedrich Geisendörfer, Ofenfabrikant, Ecke Griesbach- und Lohnstrasse, vom 27. September 1904 ist bei den Forderungen zum Gesundheitsschutz der in der Fabrik beschäftigten Mitarbeiter und der Berücksichtigung der Nachbarschaftsinteressen sehr bemerkenswert.

Bezüglich der Arbeitssicherheit sind die Vorgaben kurz und prägnant. Sie zeigen einen Stand, der den heutigen, sehr umfangreichen Vorgaben, wie der „Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV)“, den „Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR)“ usw., im Grundsatz nahekomm. Zum Beispiel „Pausenraum“:

Auszug aus der Baugenehmigung:

„9. Zur Einnahme der Mahlzeiten ist ein besonderer Speiseraum einzurichten; er ist mit einer Speisewärmeinrichtung zu versehen.“

Auszug aus der ArbStättV:

„4.2 Pausen- und Bereitschaftsräume
(1) Bei mehr als zehn Beschäftigten oder wenn die Sicherheit und der Schutz der Gesundheit es erfordern, ist den Beschäftigten ein Pausenraum oder ein entsprechender Pausenbereich zur Verfügung zu stellen.“

Zur Vorbeugung von Beeinträchtigungen der Nachbarschaft wurden ebenso Vorgaben gemacht, welche Grundlagen für die heutigen Vorschriften sind. Zum Beispiel „Kamine“:

„20. Die Kamine müssen vorläufig mindestens 5 m über Dach geführt werden und ...“

Mit wenigen Worten wurden seinerzeit klare Vorgaben gemacht!

Peter Forcher

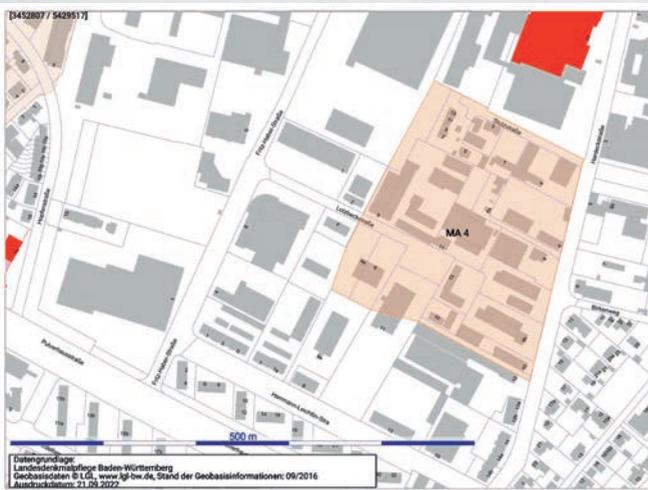
Ein schreckliches Erlebnis aus Kindertagen:

Rote Zuckerhasen kosteten zwei Zwangsarbeitern das Leben

Seit geraumer Zeit beschäftigen sich der Gemeinderat und die Verwaltung der Stadt Karlsruhe mit dem ROTAG-Gelände. Die Alte Tabakfabrik befindet sich inzwischen im Eigentum der städtischen Tochterfirma Karlsruher Fächer GmbH und wurde als Schlüsselgrundstück für die strategische Entwicklung des dortigen Gewerbegebietes ausgemacht. Auf Initiative der Gemeinderatsfraktion Die Linke beschäftigt sich der Gemeinderat im Oktober 2022 mit der Frage der Unterbringung von Zwangsarbeitern in diesem Gebiet. Vor der Neugestaltung des Bereiches soll geprüft und dokumentiert werden, wo es während der NS-Zeit in der Hardeckstraße Zwangsarbeiterlager gab.

In unserer Grünwinkler Chronik (Seite 311 ff) hat der Stadthistoriker Dr. Manfred Koch dezidiert darüber berichtet. Er bezog sich hierbei auf die Untersuchung von Jürgen Schuhladen-Krämer aus dem Jahr 1996.

Demnach hatte die Rohtabakvergärungs-Aktiengesellschaft ROTAG in ihrem betriebseigenen Ausländerlager im April 1942 zehn männliche Niederländer untergebracht. Südlich der ROTAG befand sich das größte Barackenlager in der Stadt Karlsruhe, in dem Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter untergebracht waren. In einer Momentaufnahme vom Oktober 1942 waren es 1.047 Menschen, fast ausschließlich aus Polen und Russland. Es müssen menschenunwürdige Unterkünfte in Holzbaracken gewesen sein und die Behandlung der sogenannten Fremdarbeiter war brutal und grausam. Das Lager wurde betrieben von der DWM, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG. In deren Fabrikationshalle in der Lorenzstraße, dem heutigen Hallenbau A in dem das ZKM, die HfG und die Städtische Galerie untergebracht sind, mussten sie Kriegsmaterial produzieren, das gegen ihre eigenen Landsleute eingesetzt wurde.



In dem hellroten Bereich muss sich das Lager befunden haben.

Die Stadtverwaltung bestätigt in ihrer Stellungnahme zu diesem Antrag die mutmaßliche Lage dieses Lagers südlich der Stulzstraße und zieht ein Luftbild der Alliierten vom 19. März 1945 dazu heran. „Die Aufnahme zeigt ungefähr 26 große Gebäude, die meisten ost-westlich orientiert und einige an den westlichen und östlichen Seiten des Gebiets in nord-südlicher Richtung.“ Beim Landesamt für Denkmalpflege werde das Gebiet westlich der Hardeckstraße bereits als archäologischer Prüffall geführt, so die Verwaltung weiter.

Marga Götz kann sich noch gut an dieses große Lager erinnern. Bereits als siebenjähriges Kind lief sie daran vorbei, wenn sie sich zu Fuß zum Klavierunterricht in die Weststadt aufmachte. Ein besonders schreckliches Ereignis hat sich in ihrem Gedächtnis eingebrannt:

„An einem sonnigen Ostermontag, es war wohl 1942 und ich war gerade acht Jahre alt, machten sich meine zwei Jahre jüngere Schwester Lotte und ich auf den langen Fußweg von unserem Elternhaus in der Hellbergstraße zum Kühlen Krug. Dort wollten wir unsere Großeltern Friedrich und Friederike

Walter aus der Südstadt abholen. Sie kamen mit der Straßenbahn. Wo heute das Ärztehaus steht, befand sich die Endhaltestelle der Linien 4 und 5 am alten Kühlen Krug. Es war Tradition, dass Oma und Opa am zweiten Weihnachtsfeiertag wie auch am Ostermontag zu uns in die Heidenstückersiedlung kamen. Voll Freude hatten wir unsere roten Zuckerhasen in unsere Puppenwagen gepackt. Für einen Schokoladenhasen reichte den Eltern das Geld nicht, den bekamen wir von den Großeltern geschenkt. In Höhe des Lagers mit russischen Zwangsarbeitern in der Hardeckstraße liefen wir an einer Kolonne von Männern vorbei, die sich rechts und links schwer bewacht für den Fußmarsch zur Munitionsfabrik DWM aufstellten. Sie taten uns leid. Spontan nahmen wir unsere roten Zuckerhasen und gaben sie zwei Männern. Sofort wurde auf diese geschossen. Wir wurden angebrüllt: „Verschwindet“. So schnell wir konnten rannten wir davon. Zum Glück war die Schranke am Westbahnhof offen und wir erreichten die sicheren Arme von Oma und Opa. Bis heute lässt mich dieses Ereignis nicht mehr los.“

Margarete Götz und Gerhard Strack



Luftaufnahme 1945; Das weiße Band am oberen Bildrand zeigt die Zepelinstraße mit dem Übergang über die Bahnlinie.

Gräber verfolgter Sinti auf dem Friedhof Grünwinkel



Durmersheimer Str. 56–62

Auf dem Friedhof in Grünwinkel gibt es dutzende Gräber verfolgter Sinti, Männer und Frauen, aus der NS-Zeit. Außer auf dem Hauptfriedhof sind hier die meisten Sintis begraben. Viele schlichte Grabstätten, einige in einer Grabreihe, auch aufwändige Gräber und Gruften mit viel Marmor und Pomp. Die Grabstätten sind – wie üblich – privat finanziert. Das langjährige Gerücht, dass das Sozialamt oder andere Stellen die Gräber bezahlt hätten, stimmt nicht. Die meisten der Toten haben die letzten 30 bis 40 Jahre auch in Grünwinkel gelebt, vor allem in der Einfachsiedlung Durmersheimer Straße, Zepelinstraße, Winkelriedstraße. Sie wurde 2010 abgerissen, heute findet sich das Quartier Am Albgrün an dieser Stelle.



*o.: Winkelriedstr.4–8
l.: Zeppelinstr. 54 a und b, Hinterhof
u.: Durmerheimer Str. 60 a bis o, Hinterhof*



Die vor 1945 geborenen Überlebenden waren fast alle der nationalsozialistischen Rassepolitik und Verfolgung ausgesetzt. Sie waren in KZs und Lagern interniert oder auf der Flucht und kamen nach der Befreiung nach Deutschland zurück. Auch nach Karlsruhe, oft ungeliebt und diskriminiert. Es gibt keine Sintifamilie, die keine Todesopfer aus dem Terror zu beklagen hätte, oft wurden ganze Familienverbände ermordet. Die in der NS-Zeit Ermordeten haben heute kei-

ne Gräber, sie wurden anonym verbrannt, verscharrt oder an die Medizin verkauft. Nur Gedenkort erinnern an sie. Anders bei den überlebenden Verfolgten: sie haben eine Grabstätte mit Namen und erinnern damit auch an ihr Verfolgungsschicksal. Hier sollte eine Gedenk- und Erinnerungsarbeit heute ansetzen. Etwa in Form einer Gedenkstele oder Gedenktafel am Friedhof oder einem anderen geeigneten Ort für die Ermordeten aus der Minderheit und aber

auch für die Überlebenden. Die auf dem Friedhof Begrabenen haben sehr oft ein traumatisches Schicksal erlebt, das sie und ihre Angehörigen bis zum Tod verfolgte, gesundheitliche und psychische Folgen. Sie waren gegenüber anderen Verfolgten zurückgestellt und ignoriert. Sozial und finanziell waren sie schlechter gestellt. In der Regel stritten sie auch in Grünwinkel bis an ihr Lebensende mit Behörden aussichtslos um gerechte materielle Entschädigung oder einfach um Reputation für die Schäden, Krankheiten, Leid und für die Würdigung ihrer Verfolgung.

Neben der sozialen Ausgrenzung im Wohngebiet war die wirtschaftliche Not durch Verlust der traditionellen Händlertätigkeiten eine psycho-soziale Bedrohung und Grund für Abkapselung. Die willkürliche Aberkennung der Staatsangehörigkeit bei den Nazis und auch später mit dem Status „Staatenlos“ kostete viel Geld, bedeutete Behördenwillkür, ständige entwürdigende Behördengänge und Verlust an Reisefreiheit, beispielsweise zu den Verwandten im Elsass. Fast sämtliche erstrittenen Wiedergutmachungsleistungen wurden mit der Sozialhilfe verrechnet, die Stadt Karlsruhe freute sich, die Betroffenen nicht. Die medizinische Versorgung in Grünwinkel stellten die Hausärzte für die Verfolgten mit Engagement und Einfühlsamkeit sicher, obwohl die Betroffenen oft nur sehr eingeschränkt oder gar nicht versichert waren. Es war kein Geld zu verdienen, nur viel Bürokratie:

Dr. Feigenbutz, seinem Nachfolger Dr. Schober und anderen ortsnahen Medizinnern sei Dank.

Exemplarisch stelle ich drei kurze Biografien von verfolgten Frauen vor, die in den letzten 30 bis 40 Jahren vor ihrem Tod in den Einfachsiedlungen in Grünwinkel gelebt haben und in den 2000er Jahren in Grünwinkel beerdigt worden sind:

ANITA WAGNER (1916–1998), ZEPPELINSTRASSE 54

Bereits 1941 kam Anita Wagner in das KZ Ahrenstädt bei Hannover und im März 1943 in das KZ Auschwitz-Birkenau („ASO Reich“, Nr. Z 544“, Z steht für „Zigeuner“). Im Mai 1944 kam sie von dort in das KZ Buchenwald, Kodo Altenbürg. Dort wurde sie im April von der Roten Armee befreit. Sie musste wie alle Gefangenen schwere Zwangsarbeit leisten, was ihre Gesundheit dauerhaft ruinierte. Sie verlor in den Lagern zwei Geschwister und viele Familienangehörige. Später hatte sie acht Kinder, ihr Mann – ebenfalls ein Verfolgter – ist früh gestorben.

Für ihre Entschädigungsanträge war sie als Analphabetin den Rechtsanwälten ausgeliefert, die sich vor allem um ihren eigenen Reibach aus den Verfahren kümmerten. Für eine Entschädigungs-Nachzahlung im März 1969 über 27.603 DM musste sie 8.835 DM an den Anwalt bezahlen und 6.535 DM an das Sozialamt zurückbezahlen. Es verblieben ihr 12.216, 80 DM!

In den 1960er Jahren wohnte sie mit ihrer Familie in der Barackensiedlung „Dohlenweg“ und später in Grünwinkel. Sie war seit den 1970er Jahren oft und lang wegen ihrer Krankheiten, aber auch wegen der Pflicht der Entschädigungsbehörden zur Begutachtung in vielen Kliniken in Baden-Württemberg untergebracht. Die posttraumatischen Störungen aus der Verfolgung wurden erst in den 1990er Jahren von der Medizin anerkannt. Skandalös und rassistisch war das Gutachten einer Karlsruher Klinik für sie, unterzeichnet vom Chefarzt vom 17.07.1986 (!): „... rassistisch bedingte Hyperpigmentierung der Haut...“

1988 war ihre Erwerbsfähigkeit um 80 % gemindert, später hatte sie Pflegestufe 3. Die Entschädigungsbehörde schloss 1986 einen

abschließenden Vergleich mit ihr und dem Zentralrat Deutscher Sinti über 30.000 DM. Damit fielen auch alle Sozialhilfeleistungen weg, das Sozialamt wollte den Betrag als „Kostenersatz“ zurückholen. Das hat der vorgesezte Direktor der SJB, Hans Dieter Echle, auf meine Intervention für die Karlsruhe „Fälle“ verhindert. Das war bei den Kommunen leider eine Ausnahme. Anita Wagner wurde in den letzten Jahren von ihrer Tochter und anderen umfassend gepflegt und lag in ihrer 28qm-Einzelwohnung in einem Pflegebett.

**MARGARETHE REINHARDT
(1911–2000),
DURMERSHEIMER STRASSE 58**

In Freiburg aufgewachsen hat Margarethe Reinhardt als junge Frau lange bei ihren Eltern gelebt. In der Nazizeit musste sie Pflicht- und Zwangsarbeit leisten und sich täglich bei der Polizei melden, um die Arbeitspflicht zu überprüfen. Die Rassenforscher haben die Familie durchleuchtet. Zuerst war sie in einem Hotel und einer Radiofabrik „in Stellung“. Von 1938 bis 1944 war sie als Zwangsarbeiterin bei der Papierhülsenfabrik Lebert & Co in der Rüstungsindustrie in Freiburg beschäftigt, 11 Stunden pro Tag, Stundenlohn 55 Pfg. statt normal 3.50 RM. Sie musste gleichzeitig fünf Maschinen bedienen mit rotierenden Antriebsriemen. Bei einem Unfall dort wurde ihr eine Fingerkuppe abgetrennt. Der Betrieb und ihre Arbeit waren als „kriegswichtig“ eingestuft, weshalb sie in kein Lager oder KZ kam. Allerdings kam die Gestapo regelmäßig zur Kontrolle, ihr Chef hat sie geschützt. Andere Familienmitglieder kamen im KZ um. Nachdem die Firma und Teile von Freiburg in einem Inferno 1944 durch Bomben zerstört wurden floh die Familie von den Nazis unerkannt in den Schwarzwald und an den Bodensee, bis nach der Befreiung. Später hat sie in Karlsruhe eine Familie gegründet. Ihr damaliger Mann war auch Überlebender

des NS-Terrors. Sie hat drei Töchter und lebte zunächst in einer Einzelwohnung an der Alb. Später bewohnte sie eine Mietwohnung in der Yorckstr. 44, bis sie aufgrund der Umwandlung des Hauses in Eigentumswohnungen gekündigt wurde. Bis zu ihrem Tod wohnte sie dann in der Durmersheimer Straße 58, liebevoll gepflegt von der Tochter. Die Enkel und Urenkel gehen traditionellen Berufen nach oder studieren.

Weil sie in keinem Lager war und später wegen der willkürlich aberkannten Staatsangehörigkeit („Staatenlos“ bis 1984) fiel sie durch alle Raster der verschiedenen symbolischen Wiedergutmachungsaktionen verschiedener Stellen bis zu ihrem Tod. Das hat sie sehr belastet und verärgert. Auch die Zwangsarbeiterstiftung EVZ hat 2000 zwei Anträge von ihr abgelehnt: „in keinem Lager gewesen/ Gesundheitsschaden am abgetrennten Finger nicht relevant“. Lediglich die Stadt Freiburg hat aufgrund unserer Recherchen posthum 5.000 DM als symbolische Entschädigung für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter angeboten, eine solidarische Geste, die nicht üblich war.

**MAGDALENA WOLF (1919–2000),
DURMERSHEIMER STRASSE 56**

Magdalena Wolf lebte mit ihrer Familie bis zu ihrer Festsetzung in Bayern und im Salzburger Land. Nach dem „Festsetzungserlass“ von Heydrich vom 21. September 1939 durften die Sinti, Roma und Jenische ihren Standort nicht mehr verlassen. In Salzburg wurden sie ab 1940 im Lager Maxlan unter KZ-ähnlichen Bedingungen interniert und bewacht und mussten Zwangsarbeit leisten. Die SS hatte das Kommando, SS-Sturmabfuhrer war Dr. Böhmer. Er hatte das Recht, Einzelne zur Strafe in Schutzhaft und ins KZ zu schicken. Für den NS-Film „Tiefeland“ von Leni Riefenstahl wurden junge Sinti Frauen aus dem Lager „vermietet“, (die Gage steckte die SS ein), darunter auch



Magdalena Wolf zeigt ihre Häftlingsnummer Z-6598 des KZ Auschwitz, aufgenommen im Jahr 2000.

Magdalena Wolf und ihre Bekannte Leopoldine Schneck (auch in Grünwinkel begraben mit ähnlichem Verfolgungsschicksal). 1949 klagte Riefenstahl gegen die Zeitschrift Quick wegen Verleumdung. Die Zeitschrift hatte ihr Ausbeutung vorgeworfen. Der SS-Mann Dr. Böhmer durfte bei diesem Prozess aussagen, dass im Lager und mit der Bezahlung alles in Ordnung war. Riefenstahl bekam Recht, es sei „kein KZ, sondern ein Lager eigener Prägung“ gewesen. Nach den Filmarbeiten kamen alle ins KZ.

Magdalena Wolf, geborene Kerndlbacher, wurde am 3. März 1943 in das KZ Auschwitz-Birkenau („Zigeunerlager“) verbracht. Im Mai 1944 wurde sie ins KZ Ravensbrück und ins KZ Buchenwald, Kommandos

Schlieben, Altenburg und Taucha verlegt. Sie musste in den KZ schwere Arbeiten im Straßenbau und in der Rüstungsindustrie leisten und hat sich schwere Krankheiten zugezogen, darunter Thypus. Sie hat in der NS-Zeit zwei Kleinkinder verloren, eines davon in Auschwitz (Maria, 9/40–4/44), mindestens acht Mitglieder ihrer engen Familie überlebten das KZ nicht. Auch nach der Befreiung hat sie noch zwei Kinder verloren, zuletzt ihren Sohn Karli 1980 bei einem Unfall. Als einzige geblieben ist ihre Tochter Rita, welche im Elsass verheiratet und wegen der Staatenlosigkeit schwer erreichbar war.

Seit 1959 lebte sie in Karlsruhe, seit den 1970er Jahren in der Durmersheimer Straße 56. Wegen zunehmender, auch verfolgungsbedingter Krankheiten gab sie Anfang der 1970er Jahre ihren Gewerbeschein für den ambulanten Handel zurück und beantragte Sozialhilfe. Doch diese wurde stets mit ihren geringen Wiedergutmachungsleistungen verrechnet und schlug kaum zu Buche.

Werner Banghard

Anmerkung der Redaktion:

Werner Banghard war 36 Jahre Obdachlosen- und Bezirkssozialarbeiter in Grünwinkel und Umgebung beim Sozialen Dienst der Stadt Karlsruhe. Der Gemeinderat hat 1974 ein spezielles Obdachlosenprogramm zur Sanierung der Siedlungen beschlossen. In diesem Rahmen wurde er eingestellt. Dabei hat er in den Jahren viele Sintifamilien persönlich kennengelernt und ihnen bei Entschädigungs- und Sozialhilfeangelegenheiten geholfen. Er wurde so zu einer Art Vertrauensperson, bei manchen bis heute.

REDAKTION: GRÜNWINKLER GESCHICHTSKREIS (GERHARD STRACK, HUBERT BUCHMÜLLER)

GESTALTUNG: HOB-DESIGN, OLIVER BUCHMÜLLER

BILDNACHWEIS: Seite 313: Gerhard Strack | Seite 314: Deutsche Bauzeitung Nr. 104-5 vom 30. Dez. 1904 | Seite 316: Karlsruher Majolika, Bad. Landesmuseum 1979 | Seiten 316–320: Stadtarchiv Karlsruhe 1/BOA Nr. 8597 | Seite 321: Gerhard Strack | Seite 322: Stadt Karlsruhe Protokoll GR TOP 34 – 18.10.2022 | Seite 323: Stadtarchiv Karlsruhe 8/Alben 370 | Seiten 324–325 und 328: Werner Banghard.